

Sieg dem BVG-Streik!

Die Warnstreiks im öffentlichen Dienst verhinderten Hunderte Flüge im ganzen Land und brachten Verkehrssysteme, Müllentsorgung usw. zum Erliegen. Sie zeigten die enorme soziale Macht von Verdi und die Kampfbereitschaft der Mitgliedschaft. Als Antwort auf die Forderung nach 8 Prozent mehr Lohn wollen die Bosse – also Kommunen und Bundesregierung – Reallohnverlust und längere Arbeitszeiten. Obwohl der Staat ein neues Angebot verweigert, geht die Auseinandersetzung in Schlichtung. Das bedeutet, den Streik, das wirkliche Druckmittel der Gewerkschaft, aufzugeben, und einer erweiterten „Friedenspflicht“ während der Verhandlungen mit vorgeblich „neutralen“ Dritten – SPD- und CDU-Politikern – zuzustimmen. Aber die einzige Argumentation, die Eindruck auf die Bosse macht, ist Klassenkampf. *Nein zur Schlichtungs-Falle! Für einen Vollstreik im öffentlichen Dienst!*

Für Klassenkampf gegen kapitalistischen SPD/Linkspartei-Senat!

Zeitgleich begannen 12500 Arbeiter bei den staatlichen Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) und deren Tochterfirma Berlin Transport (BT) am Mittwochmorgen einen unbefristeten Streik und brachten U-Bahnen, Busse und Straßenbahnen zum Stillstand. Die BVG-Arbeiter, ebenfalls in Verdi organisiert, verlangen 12 Prozent mehr Lohn für alle, mindestens aber 250 € pro Monat. Dies folgt auf Jahre von Lohn- und Personalkürzungen sowie längeren Arbeitszeiten. Seit der kapitalistischen Wiedervereinigung 1990 hat eine kapitalistische Regierung nach der anderen in Berlin im öffentlichen Dienst gekürzt. Berlins SPD-Bürgermeister Klaus Wowereit betonte am dritten Streiktag, dass es bei den Löhnen keine Kompromisse geben würde. Gleichzeitig forderte er die BVG-Arbeiter auf, „zur Besinnung zu kommen“ und den Streik zu beenden! Seit sie 2002 an die Macht kam, war die kapitalistische SPD/Linkspartei-Regierung Vorreiter bei den Angriffen auf Arbeiter im öffentlichen Dienst: 2002 stieg sie aus der Tarifgemeinschaft der Länder aus und zwang 2005 den BVG-Arbeitern Lohnkürzungen von bis zu 12 Prozent auf. Der Kampf der BVG-Arbeiter ist im Interesse aller Arbeiter und erfordert ihre Solidarität: *Sieg dem BVG-Streik!*

Die jetzigen Kämpfe müssen im Zusammenhang mit den Angriffen der Kapitalisten in Europa und weltweit in Folge der kapitalistischen Konterrevolutionen von 1990–92 in den deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten DDR, in Osteuropa und der Sowjetunion gesehen werden. Seitdem sehen sich die Kapitalisten nicht mehr an die alten Bedingungen der Klassenzusammenarbeit gebunden, greifen das Proletariat an und demontieren den so genannten „Sozialstaat“. Angriffe auf die Arbeiter gehen Hand in Hand mit Bundeswehreinräumen vom Balkan bis Afghanistan, denn der deutsche Imperialismus will wieder eine größere Rolle in der Welt spielen. Ein siegreicher Streik der Arbeiter von BVG und öffentlichem Dienst wäre eine notwendige Antwort auf diese Angriffe und ein Signal an die Arbeiter in ganz Europa. Diese haben auch harte Kämpfe geführt, z. B. die Eisenbahner in Frankreich im letzten Herbst gegen die Sarkozy-Regierung. Notwendig ist harter Klassenkampf, aufbauend auf dem Verständnis, dass die Interessen der Arbeiterklasse unversöhnlich entgegengesetzt sind zu den Interessen der Kapitalisten und ihrer Regierungen.

Die jetzigen Streiks unterstreichen erneut, dass Linkspartei wie SPD bürgerliche Arbeiterparteien sind. Sie haben eine Arbeiterbasis und organische Verbindungen zu den Gewerkschaften, aber Programm und Führung sind völlig prokapitalistisch. Als Arbeiterleutnants der Bourgeoisie sind sie der Verteidigung der kapitalistischen Ordnung verpflichtet. Im Verlauf des Klassenkampfes muss die Arbeiterbasis dieser Parteien vom Reformismus gebrochen werden und für den Aufbau einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei gewonnen werden, die für sozialistische Revolution kämpft.

Der SPD/Linkspartei-Senat versucht, Spaltungen in der BVG-Belegschaft zu benutzen, um den Streik zu besiegen – Beschäftigte der BVG gegen die der BT, ältere Arbeiter gegen Neueingestellte. Der Berliner Linkspartei-Vorsitzende Klaus Lederer sagte in einem taz-Interview (6. März): „Für uns als Linke ist die Angleichung der Gehälter von Alt- und Neubeschäftigten die zentrale Gerechtigkeitsfrage.“ Aber er redet von „Angleichung“ auf das niedrigste Niveau! 2005 erzwang der SPD/Linkspartei-Senat 600 € weniger Lohn für Neueingestellte und er gliederte Arbeitsplätze in die BT aus, die weniger Lohn bei längeren Arbeitszeiten zahlt. Die Verteidigung der Gewerkschaften erfordert einen Kampf gegen diese Spaltungen – ob Jung gegen Alt, Ost gegen West oder Deutsche gegen Immigranten. Gegen die Teile-und-Herrsche-Politik des Senats muss die Gewerkschaft die Forderung aufstellen, das Lohnniveau und die Arbeitsbedingungen der Stammebelegschaft der BVG auf die Neueingestellten und die Beschäftigten der BT auszudehnen. Dies muss mit der Forderung nach vollen Lohnerhöhungen für alle verbunden werden. Das ist ein Teil des notwendigen Kampfes für die *Organisation der Unorganisierten: Für gleichen Lohn für gleiche Arbeit auf höchstem Niveau! Eine Industrie, ein Tarifvertrag!*

Zu Beginn des BVG-Streiks kündigte die Lokführergewerkschaft GDL an, sie würde ab 10. März ebenfalls in einen unbefristeten Streik treten, denn die Deutsche-Bahn-Bosse weigern sich immer noch, einen unabhängigen Tarifvertrag zu unterschreiben. Fast ein Jahr lang hat die GDL nun einen Kampf geführt, für bessere Löhne, eine kürzere Arbeitswoche und das Recht, einen eigenen Tarifvertrag auszuhandeln. Nicht zuletzt deshalb ist die Verdi-Führung nun gezwungen, zu mobilisieren. Denn die Verdi-Basis will dem Beispiel der GDL folgen: kämpfen, um etwas zu gewinnen. Ein Bündnis der BVG- und S-Bahn-Arbeiter hätte die Macht, die Hauptstadt lahm zulegen. Dies wäre ein wichtiger Schritt, die Berliner- und die Bundesregierung in die Knie zu zwingen und die Forderungen von Verdi und GDL durchzusetzen. So könnten weitere Angriffe auf die Streiks zurückgeschlagen werden. Wir brauchen eine Industriegewerkschaft und einen Tarifvertrag, der alle Transportarbeiter umfasst, ob bei der BVG oder der S-Bahn, um die Macht der Arbeiter zu vereinen, um ihre Interessen durchzusetzen.

Aber die Führungen der DGB-Gewerkschaften waren unter den lautesten Angreifern auf die GDL. Kürzlich wertete DGB-Chef Michael Sommer gegen die GDL, sie versuche als „Mini-Gewerkschaft, ihre egoistischen Organisationsinteressen auf Kosten anderer durchzusetzen“. Das ist blanker Verrat, gerade, wo die DB-Bosse erneut versuchen, die kapitalistischen Gerichte zu benutzen, um einen GDL-Streik zu verhindern. Verdi, IG Metall und die anderen DGB-Gewerkschaften müssen für Solidarität mobilisieren, mit der Forderung: *Regierung und Gerichte – Hände weg von der GDL!*

Statt die Macht der Arbeiter in vereintem Klassenkampf gegen die Kapitalisten und ihre Regierungen zu mobilisieren, schüren Sommer und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitzen den Kampf zwischen den Ausgebeuteten um die immer kümmerlicheren Krümel, die die Kapitalisten den Arbeitern zuwerfen. Dieselbe Unterordnung der Interessen der Arbeiterklasse unter die fiktive „Sozialpartnerschaft“ brachte die Führer von Transnet dazu, die Privatisierung der Bahn zu unterstützen. Und Verdi stimmte unter Führung Bsirskes 2005 dem „Kompromiss“ des SPD/Linkspartei-Senats zu, weil dies angeblich Jobs sichern würde. Dies untergrub aber nur die Macht der Gewerkschaft und öffnet den Weg zu weiteren Angriffen. Gegen diese Klassenzusammenarbeit ist ein politischer Kampf notwendig **für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung.**

Krasser Ausdruck der Klassenzusammenarbeit der Gewerkschaftsbürokratie ist, dass sie Polizei und Wachschutz organisieren, die professionellen Beschützer kapitalistischer Klassenherrschaft. Das sind berufsmäßige Streikbrecher, die in der Arbeiterbewegung nichts verloren haben. **Polizei, Gefängniswärter und Wachleute raus aus den Gewerkschaften!** Gleichzeitig führt die Polizei rassistische Abschiebungen durch. Die multiethnische Arbeiterklasse hat ein vitales Interesse, rassistische Unterdrückung zu bekämpfen. Rassismus und nationaler Chauvinismus sind zentrale Werkzeuge der Bosse, um die Arbeiterklasse zu spalten, wie man gerade jetzt an der Kampagne von *Bild* und anderer Boulevardpresse sieht, die türkische, kurdische und arabische Jugendliche als gewalttätig und kriminell abstempeln. Unter demagogischer Ausschlachtung eines kriminellen Angriffs auf einen BVG-Fahrer versuchen diese Boulevardblätter, die gegen die Streiks hetzen, Jugendliche mit Immigrantenhintergrund zu Sündenböcken zu machen: Sie stellen sie als den Feind der BVG-Fahrer hin, und die streikbrechenden Bullen als Verbündete. Dagegen müssen wir kämpfen: **Für volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben!**

Ein Sieg des BVG-Streiks ist im Interesse aller, die unter den Sparmaßnahmen dieses Senats leiden. Die BVG-Arbeiter können die Demagogie des Senats durchbrechen, der sie für höhere Fahrpreise verantwortlich machen will. Dafür müssen Forderungen aufgestellt werden wie: **Kostenloser, hochwertiger öffentlicher Personenverkehr für alle.** Das hätte das Potenzial, allgemeine Unterstützung für den Streik in der Bevölkerung zu schaffen. Das wird wichtig sein, da verschärfte Streikbruch-Versuche des Senats zu erwarten sind. **Für Massen-Streikpostenkettens, die niemand überquert!**

Angesichts der Massenarbeitslosigkeit ist die Forderung der Bosse nach längeren Arbeitszeiten explosiv. Allein im öffentlichen Dienst wurden seit der kapitalistischen Wiedervereinigung zwei Millionen Arbeitsplätze gestrichen. Dringend notwendig ist ein Kampf für ein umfassendes Programm öffentlicher Arbeiten zu Tarifbedingungen, und für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände. **Für eine 30-Stunden-Arbeitswoche bei vollem Lohnausgleich!** Der Kampf für die lebenswichtigen Bedürfnisse der Arbeiter muss mit dem Kampf gegen das ganze kapitalistische System verbunden werden. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit erfordert sozialistische Planung auf internationalem Niveau. **Für eine Arbeiterregierung, um die Bourgeoisie zu enteignen! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!**

Unter Arbeitern gibt es wachsende Wut, da ihre Löhne trotz Aufschwungs in der letzten Zeit nicht stiegen, während die Kapitalisten märchenhafte Profite ernteten. Achtzehn Jahre nach der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands sieht es bei der kapitalistischen Marktwirtschaft nicht so gut bezüglich „sozialer Gerechtigkeit“ aus. Die Linkspartei nutzt diese weitverbreitete Stimmung unter Gewerkschaftern im Westen aus, und sie hatte dort jüngst eine Reihe

von Wahlerfolgen. Daher ist es von Bedeutung, dass die Frontlinie der möglicherweise größten Streikwelle seit Jahren gegen die Regierungskoalition von SPD und Linkspartei in Berlin verläuft. Berlin ist keine „Ausnahme“ davon, wofür die Linkspartei bundesweit steht. Berlin zeigt, was Reformismus bedeutet. In Hessen wünscht sich die Linkspartei nichts sehnlicher, als eine kapitalistische SPD/Grünen-Regierung zu unterstützen, die die kapitalistische Herrschaft ebenso sehr verteidigen wird, wie die bisherige Koch-Regierung.

Die Bourgeoisie und ihre SPD/Linkspartei-Handlanger treiben Antikommunismus voran, um den Arbeitern die Lüge einzubläuen, dass die Konterrevolution die Unterlegenheit der Planwirtschaft gegenüber der kapitalistischen Marktwirtschaft bewiesen hätte – die Lüge vom „Tod des Kommunismus“. Je mehr sich die Ausbeutung verschärft und die Wut darüber wächst, desto virulenter werden die Kampagnen gegen die DDR. Die Hetze gegen Sozialismus wird verstärkt durch die Linkspartei. Das wurde erneut bei ihrer Reaktion auf die antikommunistische Hexenjagd gegen die DKPlerin Christel Wegner klar, die in Niedersachsen für die Linkspartei ins Parlament gewählt wurde. Weil Wegner sich positiv bezüglich der DDR und der Berliner Mauer äußerte, schloss die Linkspartei sie aus ihrer Fraktion aus, um den Bossen ihre Verlässlichkeit zu beweisen. Gregor Gysi schwadronierte: „Es gibt für uns keinen Weg zurück zur DDR. Es gibt für uns keinen Weg zur Verstaatlichung der Produktionsmittel.“

Wir Trotzkiten haben den deformierten Arbeiterstaat DDR bedingungslos militärisch gegen die Imperialisten und gegen kapitalistische Konterrevolution verteidigt. Das Gleiche gilt für die Berliner Mauer. Sie war eine – wenn auch bürokratische – Maßnahme zur Verteidigung der DDR, um die Abwerbung von Facharbeitern durch Westdeutschland zu stoppen, welche die DDR auszubluten drohte. 1989/90 kämpften allein wir Trotzkiten ohne Wenn und Aber gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung. Wir kämpften für die **revolutionäre** Wiedervereinigung Deutschlands, durch proletarisch-politische Revolution im Osten und eine sozialistische Revolution im Westen – für ein Rotes Rätendeutschland.

Die SPD war 1989/90 das trojanische Pferd der Konterrevolution in der DDR. Seit ihrer Kapitulation vor dem Ausverkauf der DDR strebte die PDS danach, sich als zweite Sozialdemokratie in einem wiedervereinigten kapitalistischen Deutschland zu etablieren. Dazu stellte sie ihre Verlässlichkeit für die Verwaltung des deutschen Imperialismus immer wieder unter Beweis. Durch die Fusion mit der WASG zur Linkspartei scheint dieses Ziel greifbarer zu werden. Die Pseudolinken, die entweder vor der Konterrevolution kapitulierten oder sie bejubelten – von *junge Welt* und DKP bis zu den Pseudotrotzkiten der SAV, GAM und *marx21* (früher Linksruck) –, können heute ihre Begeisterung für die Linkspartei kaum zügeln. Während 2005 der SPD/Linkspartei-Senat in Berlin die BVG-Arbeiter angriff, waren sie alle eifrig dabei, Unterstützung für die Linkspartei bei den Bundestagswahlen zu mobilisieren. Was sich durchzieht, ist ihre Ablehnung von sozialistischer Revolution zugunsten von Reformen des „demokratischen“ Imperialismus. Im Gegensatz dazu kämpfen wir Spartakisten, Arbeiter und Jugendliche zu einem revolutionären, internationalistischen Programm zu gewinnen, um dieses ganze verrottete kapitalistische System loszuwerden. ■

Kontakt zu Spartakist

Berlin: (030) 443 94 00 Hamburg: (040) 32 36 44

E-Mail: spartakist@online.de